



FRAKTION IM RAT  
DER STADT AACHEN

CDU-Fraktion im Rat der Stadt – 52058 Aachen

An die  
Oberbürgermeisterin der Stadt Aachen  
Frau Sibylle Keupen  
Rathaus  
52058 Aachen

Geschäftsstelle:  
Verwaltungsgebäude Katschhof  
Johannes-Paul-II.-Straße 1  
52062 Aachen  
Raum 111

Telefon 0241 / 432 7211  
Fax 0241 / 432 7222  
cdu.fraktion@mail.aachen.de  
www.cdu-fraktion-aachen.de

CDU 22.016

Aachen, den 08.03.2022

#### **RATSANTRAG**

#### **Ankommen unterstützen – Schnelle Hilfe für die Geflüchteten aus der Ukraine**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Aachen beantragt im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat unterstützt die Verwaltung bei ihren Bemühungen, unverzüglich die für die Aufnahme sowie die Integration der aus der Ukraine geflüchteten Menschen notwendigen Bedingungen zu schaffen.

Zu diesem Zweck wird die Verwaltung insbesondere gebeten,

- nach ukrainisch-sprachigen Unterstützungskräften zur Ermöglichung eines angemessenen Schulunterrichts für die aus der Ukraine geflüchteten Kinder und Jugendlichen zu suchen,
- eine Betreuung für nicht-schulpflichtige Kinder zu ermöglichen,
- mit in Aachen ansässigen Kinder- und Jugendtherapeuten Kontakt aufzunehmen, um eine psychosoziale Begleitung aus der Ukraine geflüchteten Kindern und Jugendlichen zu gewährleisten
- Deutschintensivkurse zur Integration aus der Ukraine geflüchteter Menschen anzubieten,
- auf der Internetpräsenz der Stadt Aachen Informationen in ukrainischer Sprache zur Verfügung zu stellen,

- ein ehrenamtliches Patenprogramm unter Beteiligung der freien Träger der Geflüchtetenhilfe aufzubauen,
- die Netzwerke der in Aachen lebenden ukrainischen Menschen in die Aufnahme- und Integrationsbemühungen miteinzubeziehen,
- und in Zusammenarbeit mit den Mobilfunknetzbetreibern kostenlose SIM-Karten für aus der Ukraine geflüchtete Menschen zur Verfügung zu stellen.

Zudem wird vorgeschlagen eine Arbeitsgruppe aus Politik und Verwaltung einzurichten, in der sich regelmäßig über die jeweils aktuellen Handlungserfordernisse ausgetauscht werden kann.

### **Begründung**

Durch den Krieg in der Ukraine suchen derzeit viele Menschen in Aachen Zuflucht. Wir wollen diesen Menschen nicht nur ein Dach über dem Kopf bieten und sie mit den nötigsten Dingen versorgen; Wir wollen ihnen die Sicherheit geben, die ihnen jetzt am meisten fehlt. Dafür ist es auch unerheblich, ob die jetzt angekommenen Menschen dauerhaft, mittelfristig oder nur kurzfristig in Aachen bleiben werden. Wir können aber davon ausgehen, dass viele Familien aus politischen oder faktischen Gründen nicht in die Ukraine zurückkehren werden. Der echten Integration der Menschen kommt daher ein besonderer Stellenwert zu.

Vor allem die Schulkinder brauchen nicht nur eine Betreuung, sondern ein Gefühl von Normalität. Darum ist es uns wichtig, dass in den Schulen mit Hilfe ukrainisch-sprachiger Unterstützungskräfte ein gewisses Maß an Unterricht gewährleistet wird. Die internationalen Klassen, die wir in den vergangenen Jahren gebildet haben, sind ein gutes Beispiel dafür, wieviel Rückhalt eine geflüchtete Familie durch den regelmäßigen Besuch der Schule erfahren kann. Gleichzeitig fördert der Kontakt mit gleichaltrigen Kindern, gerade an den Grundschulen, das Erlernen der deutschen Sprache.

Für die noch nicht schulpflichtigen Kinder soll die Stadt Aachen eine Betreuung ermöglichen. Wichtig ist auch hier der Kontakt mit gleichaltrigen deutschsprachigen Kindern und eine ukrainisch-sprachige Unterstützung der Erzieherinnen und Erzieher. Auch der Kontakt zwischen den Aachener Familien und den frisch nach Aachen gekommenen Familien ist ein wichtiger sozialer Anker.

Uns ist bewusst, dass momentan an den Schulen und Kitas ein großer Mangel an Lehrerinnen und Lehrern sowie Erzieherinnen und Erziehern herrscht. Wir müssen uns als Gesellschaft aber der großen humanitären Aufgabe stellen, vor der wir derzeit stehen.

Viele Kinder und Jugendlichen sind von den Kriegserlebnissen und der Flucht traumatisiert und brauchen dringend eine psychosoziale Unterstützung. Hier soll der Kontakt mit den in Aachen ansässigen Kinder- und Jugendtherapeuten gesucht werden, um kurzfristig helfen zu können.

Damit die aus der Ukraine geflüchteten Menschen wirklich in Aachen ankommen und sich zurechtfinden können, sind verlässliche Informationen unabdingbar. Deshalb soll die Stadt Aachen auf ihrer Internetpräsenz die Informationen auch in ukrainischer Sprache anbieten. Die Homepage der Stadt Berlin zur Ukraine zeigt sehr gut, wie man den Menschen die Informationen geben kann, die sie gerade benötigen. Die städtische Seite aachen-hilft ist ein guter erster Aufschlag, der durch gezielte Verlinkung der Angebote und etwas mehr Struktur sicher noch deutlich verbessert werden kann. Eine Unterscheidung zwischen „Helfen“ und „Hilfe bekommen“ sowie leichte Sprache bieten sich hier an.

Schon 2015 haben viele Menschen und Organisationen in Aachen gezeigt, dass die Aufnahme geflüchteter Menschen in unserer Stadt gelingen kann. Damals waren ehrenamtliche Patenprogramme für viele Geflüchtete eine große Unterstützung. Gemeinsam mit den freien Trägern der Geflüchtetenhilfe soll die Stadt Aachen derartige Programme auch für aus der Ukraine geflüchtete Menschen aufbauen. Gerade in diesem Zusammenhang können schon länger in Aachen lebende ukrainische Menschen besondere Hilfestellung bieten. Deshalb sollen ihre Netzwerke gezielt angesprochen und in die Aufnahme- und Integrationsbemühungen miteinbezogen werden.

Viele ankommende Familien sind zerrissen. Während Frauen und Kinder in Aachen Zuflucht suchen, sind viele Männer zur Verteidigung des Landes herangezogen worden. Für die Familien ist es wichtig, so gut wie möglich Kontakt mit den in der Ukraine verbliebenen Teilen der Familie zu halten. Zudem erleichtert ein Zugang zum Internet das Finden der relevanten Informationen und damit das Ankommen in Aachen erheblich. Deshalb soll die Stadt Aachen mit den Betreibern der Mobilfunknetze in Kontakt treten. Gemeinsam soll nach Wegen gesucht werden, um den Geflüchteten kostenlose SIM-Karten zur Verfügung zu stellen.

Einzelne Mobilfunkbetreiber haben hier bereits entsprechende Ankündigungen gemacht. Auch soll geprüft werden, in wie weit kurzfristig das WLAN-Angebot in öffentlichen Bereichen ausgebaut werden kann.



Iris Lürken  
Fraktionsvorsitzende